

1 Wahlaussagen der SPD Oberbergischer Kreis  
2 für die Wahlperiode 2014-2020 des Kreistages

3

4

5

6 **Präambel**

7

8 Die Wahl zum Kreistag des Oberbergischen Kreises am 25. Mai 2014 ist außergewöhnlich.  
9 Einmalig wird der Kreistag für sechs statt für fünf Jahre gewählt.

10 In dieser verlängerten Wahlperiode bis 2020 muss sich der Kreistag großen  
11 Herausforderungen stellen. Umso wichtiger wird es sein, die Chancen und die positiven  
12 Rahmenbedingungen zum Wohle der Menschen in unserer Heimat zu stärken.

13 Der Oberbergische Kreis befindet sich geographisch und administrativ in einer Randlage zur  
14 Ballungsregion Köln/Bonn. Wir sind die östlichste Gebietskörperschaft im Bereich der  
15 Bezirksregierung Köln.

16 Die Städte Köln und Bonn und ihr Umland werden zukünftig die zentrale Wachstumsregion  
17 in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl sein. Um die  
18 Interessen und Aufgaben zu bündeln und das Gemeinschaftsgefühl zu fördern, hat sich ein  
19 Verein „Köln/Bonn e. V.“ gegründet, dem auch der Oberbergische Kreis angehört. Die  
20 Mitgliedschaft in diesem Verein eröffnet für unseren Kreis die Möglichkeit, an den  
21 Wachstumsimpulsen im benachbarten Ballungsraum teilzuhaben. Gleichzeitig müssen wir  
22 unsere eigenen Stärken besser nutzen.

23 Allerdings erstrecken sich die positiven Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung im  
24 Großraum Köln/Bonn nicht auf unseren Kreis – im Gegenteil: in den kommenden Jahren  
25 müssen wir mit einem teils empfindlichen Bevölkerungsrückgang rechnen. In Verbindung mit  
26 einer höheren Lebenserwartung und somit einer Zunahme älterer Menschen stellen sich für  
27 den Kreistag der neuen Wahlperiode große Aufgaben. Um den Auswirkungen des  
28 demographischen Wandels und den damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen  
29 zu begegnen, müssen Kreis, Städte und Gemeinden rechtzeitig gestaltende Maßnahmen  
30 ergreifen.

31 Diese Veränderungen bringen neue Anforderungen an die soziale Infrastruktur mit sich.  
32 Deshalb wollen wir in der sozialen Sicherung weiterhin mit unseren bewährten Partnern in  
33 der Wohlfahrt zusammenarbeiten und gemeinsam mit ihnen die Leistungen fortentwickeln.

34 Wir wollen in der Zukunft eine Bürgergesellschaft, die durch solidarisches Miteinander alle  
35 mitnimmt.

36 Die Jahre 2014-2020 werden auch dadurch geprägt sein, dass die oberbergischen Städte und  
37 Gemeinden sowie der Kreis selbst ihre Haushalte sanieren müssen. Manche Kommunen sind  
38 verpflichtet am Stärkungspakt des Landes Nordrhein-Westfalen teilnehmen, andere tun es  
39 freiwillig. Ob nun Teilnehmer oder nicht, die Kommunen müssen es in den nächsten Jahren  
40 schaffen, ihren Etat auszugleichen. Die Ausgaben dürfen die Einnahmen nicht mehr  
41 übersteigen. Dies stellt unsere Städte und Gemeinden vor teils gewaltige Schwierigkeiten. Da  
42 der Kreis seine Aufgaben in erheblichem Maße über die Kreisumlage finanziert, die von den  
43 oberbergischen Kommunen zu bezahlen ist, stellt sich die wichtige Frage einer fairen und  
44 solidarischen Kreisfinanzpolitik. Die SPD Oberberg strebt eine stetige und vorab mit den  
45 betroffenen Kommunen vereinbarte Entwicklung der Kreisumlage an. Somit können die 13  
46 oberbergischen Städte und Gemeinden solide kalkulieren. Nach unserem Willen sollen in  
47 Zukunft auch mehr die unterschiedlichen Interessen von finanzstarken und finanzschwachen  
48 Kommunen im Kreisgebiet berücksichtigt werden. Wir Sozialdemokraten sehen den Kreis als  
49 Partner der Kommunen, nicht als Vormund.

50 Den schwierigen Herausforderungen der nächsten sechs Jahre stellt sich die SPD Oberberg  
51 mit guten Ideen und Lösungsvorschlägen, die sicherlich nicht immer populär sein mögen, die  
52 aber notwendig sind, um unseren Kreis für die Zukunft fit zu machen.

53

#### 54 **I. Die Wege zueinander – Mobil im Kreis und in die Ballungszentren**

55

56 Gerade in einem ländlich geprägten großen Flächenkreis wie Oberberg ist es wichtig, dass  
57 die Menschen mobil bleiben – um den oftmals weit entfernten Arbeitsplatz zu erreichen  
58 oder um die zahlreichen Einkaufs- und Freizeitangebote im Kreis zu nutzen. Die SPD  
59 Oberberg will dem Mobilitätsbedürfnis der Menschen in unserer Region Rechnung tragen.

60 Prinzipiell verfügt der Oberbergische Kreis über eine gute überörtliche Verkehrsinfrastruktur.  
61 Über die A4 sind die Kreismitte und der Kreissüden schnell an den benachbarten rheinischen  
62 Ballungsraum angebunden. Vom Kreisnorden aus ist die A1 günstig zu erreichen. Im Osten  
63 streift die A45 als wichtige Nord-Süd-Verbindung unser Kreisgebiet.

64 Beim Schienenverkehr verfügen wir mit der RB 25 über eine infrastrukturelle Lebensader  
65 zwischen Marienheide und Köln. Zwar ist es bedauerlich, dass die Finanzmittel nicht  
66 aufgebracht werden können, um eine spürbare Reisezeitverkürzung zu erreichen (diese  
67 lägen im zweistelligen Millionenbereich, da eine durchgehende Zweigleisigkeit notwendig  
68 wäre), aber wir sind froh, dass der Halbstundentakt bis Gummersbach nun Realität wird. Wir  
69 Sozialdemokraten haben hartnäckig für eine Verlängerung der Strecke der RB 25 über  
70 Meinerzhagen nach Lüdenscheid und Brügge gekämpft. Der Teilabschnitt bis Meinerzhagen

71 wird mittlerweile befahren. Im Jahr 2016 sollen dann auch Lüdenscheid und Brügge  
72 angefahren werden können. Durch diesen langersehnten Lückenschluss wird für die  
73 zahlreichen Bahnreisenden aus dem Oberbergischen, die Anschluss an den Fernverkehr  
74 Richtung Norden und Osten suchen, eine enorme Zeitersparnis und Entlastung erzielt, weil  
75 der weite Umweg über Köln wegfällt.

76 Im Kreissüden wird die Bahnstrecke der Wiehltalbahn bisher nur für touristische Zwecke und  
77 einzelne Güterfahrten genutzt. Nachdem sich der Betreiber und der Förderkreis der  
78 Wiehltalbahn gegen erhebliche Widerstände und in mehreren Gerichtsurteilen den  
79 nachhaltigen Bestand der Strecke erstritten haben, befürwortet die SPD Oberberg eine  
80 Untersuchung, ob hier in Zukunft auch planmäßiger Personennahverkehr stattfinden soll.  
81 Nach unserer Meinung sollte der Kreis den finanziellen Beitrag der Anliegerkommunen zur  
82 Erstellung einer sogenannten Machbarkeitsstudie aus dem Kreishaushalt bezahlen. Die  
83 Bedeutung der Wiehltalbahn für den gesamten Südkreis rechtfertigt dies. Nach Erstellung  
84 der Studie besteht dann abschließende Klarheit darüber, ob die Bahnlinie in den  
85 Nahverkehrsbedarfsplan aufgenommen werden soll.

86 Im Bereich des Straßennetzes gilt für die SPD das Prinzip Erhalt vor Neubau. Die angespannte  
87 Finanzlage der öffentlichen Haushalte lässt Neubauten nur in ganz wenigen Ausnahmefällen  
88 zu – zum Beispiel bei seit langem geplanten Ortsumgehungen. Der Kreis und die Kommunen  
89 sind ausreichend damit beansprucht, die in ihr Aufgabenfeld fallenden Straßen zu erhalten  
90 und zu ertüchtigen.

91 Um die Mobilität in unserem weitläufigen ländlichen Gebiet zu gewährleisten, bedarf es  
92 auch eines leistungsstarken öffentlichen Busverkehrs. Wir Sozialdemokraten setzen hierbei  
93 auf einen effizienten Mix aus Schnellbuslinien und traditionellem Linienverkehr.  
94 Schnellbusse haben den Vorteil, dass sie Mobilität nicht nur gewährleisten, sondern auch  
95 beschleunigen. Deshalb plädieren wir dafür, weitere Schnellbuslinien ins Auge zu fassen,  
96 zum Beispiel von Waldbröl über Morsbach nach Wissen oder von Wipperfürth nach Köln-  
97 Dellbrück. Der traditionelle Bus bekommt dann mehr die Aufgabe eines Zubringerverkehrs.  
98 In Zeiten des demographischen Wandels gilt es auch im Bereich der Verkehrsinfrastruktur  
99 attraktive Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene zu schaffen. Die SPD macht sich  
100 deshalb für die Prüfung und gegebenenfalls Umsetzung eines bedarfsgesteuerten  
101 Nachtbussystems für Oberberg stark. Die Möglichkeit, die Freizeitangebote in unserer  
102 Region bequem zu erreichen und nachts wieder sicher und verlässlich nach Hause zu  
103 kommen, bedeutet für die jüngere Generation einen Gewinn an Lebensqualität.

104 Doch letztlich reichen Straßennetz, Schienen- und Busverkehr nicht aus, um die zahlreichen  
105 kleineren Ortschaften in unserem Kreis zu vernetzen. Die SPD Oberberg unterstützt und  
106 fördert deshalb den Ausbau von Anrufsammeltaxi- und ehrenamtlichen Bürgerbussystemen.  
107 Gerade diese ehrenamtlichen Bürgerbusvereine leisten einen wertvollen Beitrag zur  
108 Mobilität und sozialem Miteinander der Menschen im Oberbergischen Kreis.

109 Durch eine kluge Kombination dieser Möglichkeiten zu einem bedarfsgerechten Angebot  
110 könnte dem hohen Mobilitätsbedürfnis der oberbergischen Bevölkerung Rechnung getragen  
111 werden.

112

## 113 **II. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung**

114

115 Gute Bildung und ein breit gefächertes Bildungsangebot sind die Garanten dafür, dass  
116 unsere Kinder und Jugendlichen später ihr Berufsleben meistern können. Aus SPD-Sicht  
117 erstreckt sich dabei die Bildungskette von der U3-Betreuung bis zu den  
118 Weiterbildungsangeboten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der  
119 Volkshochschule.

120 Im Kita-Bereich hat die SPD-geführte Landesregierung sehr gute Rahmenbedingungen  
121 geschaffen: Das dritte Kita-Jahr ist bereits beitragsfrei und die Mittel für den Kita-Ausbau  
122 sind deutlich aufgestockt worden. Somit besteht für die Eltern ein Anreiz, von den  
123 Angeboten Gebrauch zu machen. Alleine die Nachfrage im U3-Bereich zeigt das Bedürfnis  
124 von frühkindlicher Betreuung. Wir halten an dem Ziel fest, mittelfristig die komplette  
125 Beitragsfreiheit im Kita-Bereich zu erreichen.

126 Wir Sozialdemokraten setzen uns für bedarfsgerechtes Schulsystem ein, würdigen aber, dass  
127 hier vorrangig die Kommunen zuständig. Bestrebungen der Kreisverwaltung und der jetzigen  
128 Kreistagsmehrheit, die Kompetenzen der Städte und Gemeinden durch einen kreisweiten  
129 Schulentwicklungsplan zu beschneiden, lehnen wir ab. Zwar mag im Einzelfall eine  
130 Koordinierung durch den Kreis sinnvoll sein – zumal wenn sie von den betroffenen  
131 Kommunen angefragt wird -, aber eine pauschale Steuerungsfunktion bauscht nur die  
132 Bürokratie im Kreishaus auf und hilft sonst niemandem. Erstens ist unser Kreis allein schon  
133 mit seinen 13 Städten und Gemeinden von der Anzahl zu groß und darüber hinaus in der  
134 Fläche – besonders in der Nord-Süd Distanz - zu weit ausgedehnt, um ein solches Vorhaben  
135 zu rechtfertigen. Kommunen müssen sich bei ihrer Schulentwicklungsplanung in der Regel  
136 nur mit den unmittelbaren Nachbarn bezüglich widerstreitender Interessen abstimmen, um  
137 ein bedarfsgerechtes Schulangebot vorzuhalten. Wie sich Schülerströme im Kreisnorden  
138 entwickeln, wirkt sich für den Kreissüden ebenso wenig aus wie umgekehrt. Zweitens  
139 machen solche regionalen Schülerwanderungen nicht an der Kreisgrenze halt. Alle 13  
140 oberbergischen Kommunen grenzen an benachbarte Kreise und müssen deshalb ihren Blick  
141 auch auf Bewegungen in der Schullandschaft jenseits der Grenze richten. Die SPD Oberberg  
142 lehnt demzufolge eine pauschale Regulierungskompetenz des Kreises in dieser Frage ab. Die  
143 Zuständigkeit muss bei den Kommunen bleiben, die die Situation vor Ort am besten  
144 beurteilen können.

145 Zuständig ist der Kreis auch für einen Teil der Förderschulen. Falls durch eine  
146 wünschenswerte Inklusion hier Bedarfe zum Beispiel bei der Sprachförderung nicht mehr

147 gegeben sind, gilt allerdings: Schulen sind für Schülerinnen und Schüler da – nicht  
148 umgekehrt. Wenn dies Elternwille ist und es dem Kindeswohl dient, wollen wir ausdrücklich,  
149 dass der Unterricht in einer Regelschule stattfindet.

150 Zuständig ist der Kreis darüber hinaus auch für das Berufsschulwesen. Wir haben mit dem  
151 Kaufmännischen Berufskolleg in Gummersbach, dem Berufskolleg Dieringhausen und dem  
152 Berufskolleg Wipperfürth hervorragende Einrichtungen. Die demographische Entwicklung  
153 könnte zumindest den Standort Wipperfürth gefährden. Hinzu kommt, dass Schülerinnen  
154 und Schüler aus unseren beiden nördlichsten Kommunen Radevormwald und Hückeswagen  
155 die vergleichbare Schule in Wermelskirchen im benachbarten Rheinisch-Bergischen Kreis  
156 besuchen. Dadurch wird einmal mehr deutlich, dass Pendlerbewegungen auch bereits im  
157 Schulbereich über die Kreisgrenze hinausreichen. Es unseres Erachtens unumgänglich, hier  
158 einen gemeinsamen Zweckverband zur Sicherung der beiden Schulen in Wipperfürth und  
159 Wermelskirchen zu bilden.

160 Das primäre Bildungsangebot im Kreis wird durch den Campus Gummersbach der  
161 Fachhochschule Köln komplettiert. Es war seinerzeit eine Initiative der SPD, dass sich die  
162 Fachhochschule auf dem ehemaligen Steinmüllergelände ansiedelt. Die Fachhochschule  
163 entwickelt sich dort prächtig mit steigenden Studierendenzahlen und neuen Studiengängen.  
164 Die SPD Oberberg will diese Erfolgsgeschichte weiter begleiten und fördern und erkennt in  
165 der Fachhochschule einen Standortfaktor von herausragender Bedeutung für den gesamten  
166 Oberbergischen Kreis. Die SPD begrüßt und unterstützt ausdrücklich die Idee, die  
167 Fachhochschule zu einer Technischen Hochschule fortzuentwickeln.

168 Die Volkshochschulen im Kreis sind ein festes Standbein im Bereich der Erwachsenenbildung.  
169 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten halten aber an unserer Forderung fest, auf  
170 Kreisebene ein umfassendes Qualifizierungs- und Weiterbildungsnetzwerk zu gründen. Das  
171 derzeit dem Namen nach existierende Bildungsnetzwerk genügt den dabei zu stellenden  
172 Ansprüchen nicht.

173

### 174 **III. Wirtschaftsförderung als gemeinschaftliche Aufgabe.**

175

176 Der Oberbergische Kreis mit seiner mittelständischen Struktur, seinen vielen innovativen  
177 Unternehmern und seinen hervorragend ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist  
178 als Wirtschaftsregion prinzipiell gut aufgestellt. Es kann und wird uns gemeinsam gelingen, die – zum  
179 Beispiel aus der demographischen Entwicklung erwachsenden – Herausforderungen zu meistern.  
180 Eine entscheidende Bedingung für Erfolge ist jedoch eine koordinierte Wirtschaftsförderung, in der  
181 die Kreisverwaltung die örtlichen Interessen zusammenfügt und einbindet, sich aber keine  
182 überörtlichen Kompetenzen anmaßt.

183

184 Die wirtschaftliche Zukunft des Oberbergischen Landes positiv zu gestalten, setzt voraus,

185

186 • dass der Kreis sowie alle 13 Städte und Gemeinden erkennen, wie wichtig die  
187 Nachfragemacht der kommunalen Familie ist,

188 • dass sehr rasch und kräftig in die Sanierung und die Verbesserung der Energieeffizienz der  
189 kommunalen Infrastruktur – Straßen, Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, andere  
190 öffentliche Gebäude – investiert wird,

191 • dass der Kreis gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, der Wirtschaft und den  
192 Gewerkschaften ein Konzept entwickelt, wie auch bei Unternehmen in Schwierigkeiten  
193 Beschäftigung gesichert werden kann – etwa durch intelligente Modelle einer Kombination  
194 von Kurzarbeit und Weiterbildung,

195 • dass die inhaltliche und logistische Vernetzung örtlicher Unternehmen hinreichend  
196 unterstützt wird.

197 • dass sich der Oberbergische Kreis flächendeckend für den Ausbau der Informations- und  
198 Kommunikationstechnologie sowie der benötigten Breitbandnetze einsetzt.

199

200

201 Diese Aufgaben werden wir nicht den Konservativen und den Marktradikalen überlassen, denn die  
202 haben noch immer nicht begriffen, dass nur ein starker Staat – und damit auch starke,  
203 handlungsfähige und zum Handeln entschlossene Kommunen – unser Region und unser Land  
204 mehrfach einigermaßen unbeschädigt durch Krisen geführt haben. Studien beweisen: Diese Politik  
205 der Untätigkeit birgt die Gefahr, dass das Oberbergische im Wettstreit der Regionen ins Mittelmaß  
206 abrutscht und längerfristig den Anschluss verliert.

207

208 Die oberbergische SPD wird sich deshalb dafür einsetzen,

209

210 • in allen Kommunen und im Kreis den Investitionsstau entschlossen abzarbeiten. Das  
211 verbessert nicht nur die Gebäudesubstanz – und dient damit auch der Umwelt – sowie die  
212 regionalen Verkehrs- und Kommunikationsnetze, sondern nützt insbesondere dem  
213 heimischen Handwerk und schützt unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor  
214 Arbeitslosigkeit;

215 • einen Runden Tisch mit Arbeitsagenturen, IHK, Handwerkskammer, Gewerkschaften und  
216 Weiterbildungsträgern ins Leben zu rufen, um unverzüglich ein regionales  
217 Weiterbildungskonzept zu entwickeln. Damit lindern wir der Gefahr eines  
218 Arbeitskräftemangels.

219 • dass Wirtschaftsförderung endlich nicht vorrangig der Eigenprofilierung einzelner Akteure  
220 dient. Unsere Unternehmen, aber auch ansiedlungswillige neue Betriebe, brauchen  
221 kompetente Ansprechpartnerinnen und -partner, die jederzeit für sie da sind und auch

222 proaktiv auf sie zugehen – Lotsen durch die Untiefen der diversen Genehmigungsverfahren  
223 und durch die Möglichkeiten und Fallstricke von Förderprogrammen und  
224 Vergabeverfahren.

225

#### 226 **IV. Chancen für alle – Ja zu einer vorsorgenden und aktivierende Arbeitsmarktpolitik**

227

228 Die Globalisierung, die zunehmende Alterung der Gesellschaft und eine sich ändernde Arbeitswelt  
229 stellen für den Arbeitsmarkt neue Anforderungen dar.

230

231 Auch hier bei uns im Oberbergischen stehen wir vor großen Aufgaben, die unsere Partei an  
232 vorderster Linie anzupacken hat. Wir sind die Partei der „Kümmerer“, wir beschäftigen uns mit den  
233 Problemen der Menschen im Kreisgebiet. Die SPD steht für eine Arbeitsmarktpolitik, die niemanden  
234 ausschließt, die jeder Bewohnerin und jedem Bewohnerin des Kreisgebiets – unabhängig von ihrer  
235 ethnischen und sozialen Herkunft – eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde eröffnen  
236 möchte. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir eine Arbeitsmarktpolitik verfolgen, die alle  
237 Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt, durch ihre Arbeit ausreichend Teilhabe am Leben zu  
238 haben, ihre Familien zu ernähren sowie gerechte und angemessene Löhne zu bekommen.

239

240 Wir haben auf Bundesebene den gesetzlichen Mindestlohn durchgesetzt. Mit dem Tariflohn für  
241 Leiharbeiter ist ein erster Schritt hin zu würdevollen Arbeitsverhältnissen im Niedriglohnssektor  
242 gemacht worden. Unser Ziel bleibt es, alle Menschen dabei zu unterstützen, einen sicheren und  
243 verlässlichen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden.

244

245 Wir streben Vollbeschäftigung an. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen Nein zu einer  
246 Politik, die dieses Ziel aufgibt. Gerade Menschen mit Einstellungshindernissen, etwa junge Leute  
247 ohne Schulabschluss, Zuwanderer oder Ältere, müssen durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen in  
248 die Lage versetzt werden, sich für den immer komplexer werdenden Arbeitsmarkt fit zu machen (und  
249 sich lebenslang fit zu halten).

250

#### 251 **V. Gesundheit**

252

253 Das Gesundheitssystem muss sich den erhöhten Anforderungen, die eine älter werdende  
254 Gesellschaft mit sich bringt stellen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die gesundheitliche  
255 Entwicklung von Kindern und Jugendlichen im Focus einer vorsorgenden Gesundheitspolitik bleibt.

256

257 Zur Erreichung unserer Ziele ist nicht nur die intensive Zusammenarbeit der traditionell mit sozialen  
258 und gesundheitlichen Fragen betrauten kommunalen Akteure (Kreis, Kommunen, LVR u. a.)  
259 erforderlich, sondern auch die Einbeziehung relevanter Akteure z.B. aus den Bereichen Wirtschafts-

260 und Beschäftigungsförderung, Familienpolitik, Wohnungsbauförderung, Bildung, Kultur und Sport.  
261 Dabei spielt der Kreis als Impulsgeber eine wichtige Rolle.

262  
263 Außerdem legen wir Wert auf die Förderung ehrenamtlicher Arbeit, wie sie beispielsweise aus den  
264 zahlreichen Selbsthilfegruppen im Gesundheits- und Sozialbereich, in Altentagesstätten oder in  
265 Jugendhilfeeinrichtungen nicht mehr wegzudenken ist. Eigeninitiative und Selbstverantwortung  
266 müssen aber nach unserer Überzeugung in geeigneter Weise durch hauptamtliche Strukturen  
267 unterstützt werden. Dazu zählt die weitere finanzielle Förderung der Selbsthilfekontaktstelle, die auf  
268 unsere Initiative hin eingerichtet wurde und sehr erfolgreich arbeitet.

269  
270 Wir wollen die Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderung in unserem Gesundheitswesen  
271 deutlich verbessern und die Entwicklung hin zu einem inklusiven und barrierefreien  
272 Gesundheitssystem unterstützen. Dies ist auch in der Aus- und Weiterbildung in den Pflege- und  
273 Gesundheitsberufen angemessen zu berücksichtigen.

274  
275 Konkret will die SPD Oberberg

- 276
- 277 • die Unterstützung der Menschen im Bereich der Gesundheitsvorsorge,
  - 278 • die kreisweite Förderung von Präventionsmaßnahmen in Schulen und Kindertagesstätten,
  - 279 • die Früherkennung und Unterstützung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher durch eine  
280 stärkere Vernetzung von Gesundheits- und Jugendhilfe und Schule,
  - 281 • die technischen und sonstigen Voraussetzungen schaffen, dass auch Menschen mit  
282 Behinderungen überall Zugang finden

## 283 284 **Ärzteversorgung**

285  
286 Die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung bei uns auf dem Lande wird schwieriger. Die vielfältigen  
287 Gründe, wie zunehmende Überalterung der Ärzte, die geringe Attraktivität des Landlebens für junge  
288 Medizinerinnen und Mediziner und das Regressrisiko sind bekannt.

289  
290 Die Oberbergische SPD wird sich auf Kreisebene dafür einsetzen, dass die Kommunen die vom Land  
291 NRW angebotenen Hilfen bei der Niederlassung wahrnehmen und beratende Hilfestellung geben,  
292 wenn junge Ärztinnen und Ärzte sich für die Übernahme von Praxen interessieren. Dabei ist die  
293 Unterstützung durch die kommunale Verwaltungen bei Suche nach Wohnungsraum oder geeignetem  
294 Kindergarten bzw. Schulen unerlässlich.

295  
296 Die neue kleinteilige Bedarfsplanung, welche im Oberbergischen zu mehr Stellen der kassenärztlichen  
297 Versorgung im Bereich Allgemeinmedizin geführt hat, wird ausdrücklich als erster Schritt im Bereich  
298 der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Bereich begrüßt. Für den Oberbergischen Kreis  
299 werden wir für den Bereich Gummersbach, Reichshof, Marienheide, Bergneustadt auf eine  
300 kleinräumigere Planung hinwirken.

301

302 NRW fördert die ärztliche Hochschulausbildung bereits überdurchschnittlich. Die oberbergische SPD  
303 wird sich auf Landesebene dafür einsetzen, dass an allen medizinischen Fakultäten ein vollwertiger  
304 Lehrstuhl für Allgemeinmedizin eingerichtet wird.

305

306 Die oberbergische SPD wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der, unter der  
307 Vorgängerregierung aus CDU und FDPb aus dem Sozialgesetzbuch –Fünftes Buch- gestrichene,  
308 gesetzliche Anspruch auf eine bundesweite Angleichung der Vergütung zwischen den Bundesländern  
309 in geeigneter Form schnellstmöglich innerhalb dieser Legislaturperiode hergestellt wird.

310 Desweiteren plädiert die SPD für eine Anpassung der starren Regressregelungen, die eine  
311 bedarfsorientierte Versorgung gerade der stark bedürftigen Menschen, wie Einwohnern von  
312 Altenheimen oder Kindern in sozial schwachen Gebieten, verhindert. Hier müssen die  
313 Besonderheiten (bezogen auf die Patientenschaft) stärker berücksichtigt werden.

314

315 Konkret will die SPD Oberberg

316

317 - unseren Kreis für Ärzte attraktiver machen

318 - die Bedarfsplanung für den Bereiche Gummersbach, Reichshof, Marienheide und  
319 Bergneustadt anpassen

320 - sich dafür einsetzen, dass an allen medizinischen Fakultäten ein vollwertiger Lehrstuhl für  
321 Allgemeinmedizin eingerichtet wird

322 - eine Angleichung der Ärztevergütung bundeweit herstellen

323 - die Anpassung der starren Regressregeln für Hausärzte

324

## 325 **VI. Pflege/Demografischer Wandel**

326

327 Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten deutlich  
328 ansteigen. Gleichzeitig zeichnet sich ein dramatischer Fachkräftemangel im Bereich Pflege ab. Wir  
329 können die Qualität der professionellen Pflege nur mit einer ausreichenden Zahl gut qualifizierter  
330 und engagierter Pflegekräfte sichern. Pflegekräfte, die heute in den Einrichtungen und Diensten trotz  
331 schwieriger Rahmenbedingungen engagiert um das Wohl der pflegebedürftigen Menschen bemüht  
332 sind, verdienen mehr gesellschaftliche Anerkennung und bessere Arbeitsbedingungen. Das gilt auch  
333 für den aufopferungsvollen Einsatz pflegender Angehöriger. Ihnen gebührt ebenfalls mehr  
334 Wertschätzung, Unterstützung und Entlastung. Hierfür Rahmenbedingungen zu schaffen und den  
335 haupt- und ehrenamtlich Pflegenden Stimme und Anerkennung zu geben, ist ein wichtiges  
336 eigenständiges Ziel unserer Pflegepolitik.

337 Wir wollen, dass Menschen, die hier leben und arbeiten, sich ihr Eigentum geschaffen haben  
338 und/oder ihr soziales Umfeld, auch hier alt werden können.

339

340

341 Konkret will die SPD Oberberg

342

343 - die verstärkte Nutzung der Kompetenzen älterer Menschen beim Aufbau sozialer Netzwerke  
344 zu generationsübergreifenden Unterstützungsformen

- 345 - die Schaffung von seniorenrechtlichen, barrierefreien Wohnraum im innerstädtischen Bereich
- 346 - die Förderung von Kooperationen von Wohnungsanbietern und regionalen Hand-
- 347 werksbetrieben, Beschäftigungsförderungsmaßnahmen sowie sozialen Dienstleistern mit
- 348 dem Ziel, verstärkt Hilfen im Haushalt, beim Einkaufen o.ä. anzubieten,
- 349 - für den Bedarfsfall eine verlässliche und gute Betreuung – zu Hause, in Tagespflege und in
- 350 stationären Pflegeeinrichtungen,
- 351 - die Stärkung und Professionalisierung der Senioren- und Pflegeberatung in den Städten und
- 352 Gemeinden
- 353 - die Entwicklungsmöglichkeiten für alternative Wohnformen – auch finanziell – zu verbessern
- 354 sowie die Modernisierung bestehender stationärer Heime, deren Öffnung ins Quartier und
- 355 die weitere Umsetzung von Hausgemeinschaftskonzepten voranzutreiben.

356

357 **VII. Lebens- und liebenswert – das Oberbergische als Kulturlandschaft und**

358 **Tourismusregion**

359

360 Die Attraktivität unserer Landschaft gehört zweifellos zu unseren größten Trümpfen. Sie zu

361 erhalten, ist ein wichtiges Ziel der oberbergischen SPD. Dabei gilt es auch, die vorhandene

362 Artenvielfalt zu schützen.

363 Als Standbein für die örtliche Wirtschaft wollen wir den naturnahen Tourismus fördern. Die

364 Naturarena Bergisches Land leistet in diesem Bereich bereits hervorragende Arbeit und hat

365 sich über die Grenzen des Kreises im Wettbewerb mit anderen Regionen des Landes

366 etabliert. Das Bergische wird ein Qualitätsmerkmal. Neu erschlossene Wanderwege oder

367 Radwege auf stillgelegten Bahntrassen wie zum Beispiel von Marienheide über Wipperfürth

368 und Hückeswagen nach Remscheid-Lennep oder von Gummersbach über Bergneustadt ins

369 Sauerland steigern die Anziehungskraft unserer Heimat.

370 Wir freuen uns, dass demnächst nach umfänglichen Um- und Erweiterungsbauten Schloss

371 Homburg wieder im neuen Glanz erstrahlt. Die Vorbereitungsphase und die Umsetzung

372 haben aus unserer Sicht zu lange gedauert. Manche Verzögerung hätte bei gewissenhafter

373 Planung vermieden werden können.

374 Damit die ökologische und kulturelle Vielfalt unserer Region jährlich eine bildhafte

375 Widerspiegelung erfährt, fordert die SPD Oberberg einen oberbergischen Heimat-, Kultur-,

376 Sport und Umwelttag, der dann abwechselnd in einer der oberbergischen Städte und

377 Gemeinden stattfindet. Auf einem solchen Tag könnte auch die ehrenamtliche Tätigkeit der

378 zahllosen Mitbürgerinnen und Mitbürger gewürdigt werden, die ihre Freizeit im Sport- oder

379 Musikverein, in der Kultur, in den Kirchen, in der Wohlfahrtspflege, bei der Feuerwehr oder

380 im Rettungswesen dem Wohle der Gemeinschaft widmen. Wir Sozialdemokratinnen und  
381 Sozialdemokraten setzen uns weiterhin für die Förderung des Ehrenamtes ein.

382

### 383 **VIII. Die politische Willensbildung auf Kreisebene – demokratisch und transparent**

384

385 Die oberbergische SPD tritt dafür ein, dass die politischen Entscheidungsprozesse auf der  
386 Kreistagebene für alle Beobachterinnen und Beobachter offen und klar einsichtig sind.  
387 Deshalb sollen nach unserem Willen die Sitzungen des Kreistags und – zumindest zusätzlich –  
388 des Kreisausschusses zukünftig als Live-Stream über die Internet-Homepage des Kreises  
389 veröffentlicht werden. Dies wird bereits in vielen Städten Nordrhein-Westfalens, zum  
390 Beispiel in Bonn, Essen und Düsseldorf, so praktiziert.

391 Für alle Interessierten möchten wir, dem Modell „LiquidFriesland“ des dortigen Landkreises  
392 folgend, für den Kreis im Netz eine allseits zugängliche Plattform „LiquidOberberg“ schaffen,  
393 auf der sich die Bürgerinnen und Bürger des Kreisgebiets frühzeitig zu Verwaltungsvorlagen  
394 äußern, diese bewerten, Änderungs-Vorschläge machen oder Alternativen vorschlagen  
395 können.

396 Die Steuerung der Verwaltung durch vom Kreistag vorgegebene Ziele und Kennziffern muss  
397 voran getrieben und ausgebaut werden, damit das Haushaltsrecht des Kreistags kein  
398 stumpfes Schwert bleibt.

399 Eine wehrhafte Demokratie stellt sich gegen Faschismus und Rechtsextremismus. Deshalb  
400 sind wir stolz darauf, dass sich im Kreis auf unseren Antrag hin ein „Netzwerk gegen Rechts“  
401 gegründet hat und der Kreis dieses Netzwerk finanziell unterstützt. Wir wollen diese  
402 Unterstützung erhalten und stärken.

403

404

### 405 **IX. Kreisverwaltung als Dienstleister – schlank, modern und effektiv**

406

407 Eine moderne und schlanke Verwaltung ist Voraussetzung für effektives  
408 Verwaltungshandeln. Sie führt darüber hinaus zu einem spürbaren Einsparpotenzial, mit  
409 dem wiederum die 13 oberbergischen Kommunen finanziell entlastet werden können.

410 Die SPD fordert

- 411 - gemeinsam mit den Bürgermeister\*innen; eine Überprüfung, ob eine konkrete Tätigkeit
- 412 nicht besser auf der gemeindlichen Ebene erledigt werden kann

- 413 - eine Verwaltungsstrukturreform durch Abschaffung einer Hierarchieebene, also
- 414 Wegfall entweder der Dezernenten oder der Amtsleitungen
- 415 - Neuorientierung des Verwaltungsaufbaus anhand der zu erbringenden
- 416 Dienstleistungen
- 417 - Anwendung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente in der
- 418 Verwaltungsführung, also echtes Verwaltungscontrolling
- 419 - Initiierung eines Personalentwicklungskonzeptes; Qualifizierung und Schulung von
- 420 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für zukünftige Tätigkeiten
- 421 - Interkommunale Zusammenarbeit im Beschaffungswesen und gemeinsame
- 422 Ausschreibungen zusammen mit anderen Nachfragern

423 Diese Forderungen sind von der bisherigen Kreistagsmehrheit aus CDU und FDP abgelehnt  
424 worden. Wir werden sie nach der Kreistagswahl am 25. Mai umsetzen.